



Aktionsbündnis gegen Trassenneubau

Burgweg 15 - 29303 Bergen

Tel.: 0173 / 61 24 319

E-Mail: info@trassenabsage.de

Internet: <https://trassenabsage.de>

[Aktionsbündnis gegen Trassenneubau, Burgweg 15, 29303 Bergen](#)

Bundesministerium für Digitales und Verkehr

Dr. Volker Wissing

Michael Theurer

Invalidenstraße 44

10115 Berlin

23.03.2023

Schienausbauprojekt Alpha E – „AUSBAU STATT NEUBAU“ / Petitionsübergabe

Sehr geehrter Herr Dr. Wissing, sehr geehrter Herr Theurer,

dieser Brief richtet sich an Sie als Beteiligte und hat die bald anstehende Entscheidung hinsichtlich der Zukunft der Zugverbindung zwischen Hamburg und Hannover zum Gegenstand.

Wir möchten gerne mit ihnen in den Dialog treten und uns für eine bürgergerechte und wirtschaftlich sinnhafte Lösung einsetzen. Mit der aktuellen Planung einer Neubaustrecke anstelle des Bestandsausbaus ist die Bevölkerung nicht einverstanden. Der Widerstand ist in den letzten Wochen enorm gewachsen. Unsere Bürgerinitiative hat allein binnen 4 Wochen weit über 20.000+ Stimmen gegen den Neubau in einer Online-Petition erhalten – und es werden täglich mehr.

Wie Sie wissen, wird seit Anfang der 1990er Jahre um eine Beantwortung der Frage gestritten, ob eine neue Eisenbahnstrecke gebaut werden soll oder nicht. Wir als „Aktionsbündnis gegen Trassenneubau“ (AgT) arbeiten seit acht Jahren für eine vernünftige, wirtschaftliche und nachhaltige Lösung der Problematik – zusammen mit vielen anderen Bürgerinitiativen in Niedersachsen und Deutschland und mit Vertreter:innen aus Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sowie Verbänden. Im Jahr 2015 glaubten wir, zusammen mit Bahn, Bund, Land und der großen Mehrheit der betroffenen Kommunen im Dialogforum Schiene Nord (DSN) einen Kompromiss gefunden zu haben, der den endlosen Streit beendet und mit dem Konzept „Alpha E“ für eine zeitnahe Verbesserung des Bahnverkehrs sorgt. Leider droht durch den Planungsauftrag des Eisenbahnbundesamts dieses Ergebnis zerstört und darüber hinaus das Vertrauen in die Demokratie bei vielen tausend Menschen ernsthaft beschädigt zu werden.

Mit der Prüfung einer Neubaustrecke durch die Lüneburger Heide wird sich von der im Abschlussdokument des DSN niedergelegten Vereinbarung verabschiedet. Im Widerspruch zu den Beteuerungen, dies lediglich aus formalrechtlichen Gründen zu tun, trat in den vergangenen Monaten immer deutlicher zutage, dass die Bahn bereits seit 2016 nur die Neubaustrecke (NBS) ernsthaft prüft, die Grundlagen der Wirtschaftlichkeitsberechnungen nach Belieben zugunsten eben dieses Plans definiert und gegenüber der Bevölkerung und den betroffenen Kommunen dabei überaus geheimnistuerisch und unkooperativ vorgeht. Sehr groß ist die Enttäuschung bei den vielen Bürger:innen mit und ohne politischem Amt, die viel Zeit und Arbeit in den Einsatz für eine sinnvolle Zukunftsgestaltung des Bahnverkehrs investiert und daran geglaubt hatten, dass das Ergebnis des als demokratisches Modellprojekt angepriesenen Dialogforums Bestand hätte.



Aktionsbündnis gegen Trassenneubau

Burgweg 15 - 29303 Bergen

Tel.: 0173 / 61 24 319

E-Mail: info@trassenabsage.de

Internet: <https://trassenabsage.de>

Seither wächst der Widerstand zwischen Hamburg und Hannover – auch im Vergleich zu 2015 – stetig. Immer mehr Bürgerinitiativen gründen sich oder werden wieder aktiv. Zurzeit sind es bereits 32 Bürgerinitiativen, die sich mit einem massiven Widerstand gegen den Neubau stellen. Was den Rückhalt dieses Engagements in der Bevölkerung betrifft, vermittelt die momentane Anzahl der Unterschriften einer von uns gestarteten Online-Petition einen guten Eindruck (s. Anhang). Darüber hinaus liegen uns rund 5.000 handschriftliche Unterschriften vor, die wir Ihnen auf Wunsch gern postalisch zuschicken können.

Die niedersächsische Politik lehnt die Neubaupläne ebenso eindeutig ab, wie der Ministerpräsident Stephan Weil kürzlich erneut bekräftigte. Auch seitens der Bundes-Politik sind parteiübergreifend Stimmen zu vernehmen, die sich dafür aussprechen, dass es keinen Trassenneubau gegen den Willen der Bevölkerung geben soll. Seien es der SPD-Bundesvorsitzende Lars Klingbeil, der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz oder die Parlamentarischen Staatssekretäre Oliver Luksic und Michael Theurer aus der FDP – alle sprechen sich für die Berücksichtigung des Dialogforums aus. Herr Dr. Wissing selbst sagte im vergangenen September der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung: „Wir wollen Verbesserungen auf der Schiene, aber wir wollen keine Bahnstrecke gegen die Interessen der Menschen bauen“ und dass man die Ergebnisse des DSN nicht einfach vom Tisch wischen könne.

Genau dies beabsichtigt jedoch die DB, auch wenn sie nach Abschluss ihrer auf fragwürdigen Grundlagen beruhenden Untersuchungen plötzlich zögert, Ihnen gegenüber eine Vorzugsvariante zu nennen. Denn im vergangenen September hatte Frank Limprecht (Leiter Großprojekte bei der DB Netz AG Regionalbereich Nord) in Celle bereits verkündet, dass nur die NBS durch den Landkreis Celle alle von der Bahn aufgestellten Kriterien erfülle.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder das Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) angeführt, obwohl in dessen Berechnungsgrundlagen die Zerstörung der Natur- und Wirtschaftsräume in Niedersachsen, die CO₂-Bilanz des Neubaus und weitere, der Bahn unangenehme Faktoren nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt werden. Klar ist, dass die NBS keineswegs solch ein gutes NKV aufweisen dürfte, wie von der Bahn behauptet, sofern die Berechnungsgrundlagen, wie von der Bundesregierung angekündigt, überarbeitet werden.

Ebenso wenig wie die Fehlerhaftigkeit der Berechnungsgrundlagen zum NKV der NBS findet bisher der Umstand Beachtung, dass die Menschen durch einen sinnvollen Bestandsausbau gemäß optimiertem Alpha E schon nach kurzer Zeit in den Genuss eines spürbar besseren Bahnverkehrs kommen werden. Ein Neubau dagegen würde weitere Jahrzehnte des Stillstands bedeuten und Unsummen an Steuergeldern verschlingen, während das bestehende Netz und die damit verbundenen Hoffnungen auch den ländlichen Raum zu stärken immer weiter dem Verfall ausgesetzt wären und Personen- wie Güterverkehr zukünftig kein besseres Bild abgäben als heute.



Aktionsbündnis gegen Trassenneubau

Burgweg 15 - 29303 Bergen

Tel.: 0173 / 61 24 319

E-Mail: info@trassenabsage.de

Internet: <https://trassenabsage.de>

Daher bitten wir Sie inständig, diesem gefährlichen Vorgehen ein Ende zu bereiten und die Beschlussvorlage für den Bundestag im Sinne eines Bestandsausbaus anstelle eines Neubaus zu gestalten. Nur so können ökonomischer Schaden, ökologischer Irrsinn und ein bedrohlicher Verlust von Vertrauen in Demokratie und Politik abgewendet und eine zukunftsweisende Verkehrswende mit den Menschen und für die Menschen auf den Weg gebracht werden.

Im Kern geht es hier doch um etwas Grundsätzliches: Wir sollten als Gesellschaft entscheiden können, in welcher Welt wir in Zukunft leben wollen. Kurzsichtige Konzernentscheidungen ohne Vollkostenrechnungen, die von uns als Gesellschaft zu tragen sind, haben einen Anspruch auf die beste Lösung. Das ist in diesem Fall der sinnhafte, intelligente Bestandsausbau.

Gerne stehen wir Ihnen jederzeit für ein persönliches, vertrauliches Hintergrundgespräch in Berlin zur Verfügung und möchten Sie und das Bundesverkehrsministerium bei der Entscheidungsfindung unterstützen.

Mit besten Grüßen

Mathias Ohlhoff

1. Vorsitzender des AGT

Christian Böker

Stellvertreter

Verteiler

Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr

Michael Theurer, Beauftragter der Bundesregierung für den Schienenverkehr

Ministerialrätin Camilla Linke / Bundesrat Büro des Verkehrsausschusses

Ministerialrätin Silke Podschull-Wellmann / Büro des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Ministerialrätin Regine Gautsche / Büro des Finanzausschusses

Dr. Rolf Mützenich, SPD-Bundestagsfraktion

Friedrich Merz, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Katharina Dröge, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Britta Haßelmann, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christian Dürr, FDP-Bundestagsfraktion

Dr. Alice Weidel, AfD-Bundestagsfraktion

Tino Chrupalla, AfD-Bundestagsfraktion

Amira Mohamed Ali, Fraktion Die Linke im Bundestag

Dr. Dietmar Bartsch, Fraktion Die Linke im Bundestag

Fraktionsvorsitzende Berlin

Kai Wegner, CDU

Raed Saleh, Fraktionsvorsitzender SPD

Werner Graf, Bündnis 90/Die Grünen

Anne Helm, Die Linke

Dr. Kristin Brinker, AfD

Henning Otte MdB

Anja Schulz MdB

Lars Klingbeil MdB

Dirk-Ulrich Mende, MdB

Stephan Weil, Niedersächsischer Ministerpräsident

Olaf Lies, Niedersächsischer Wirtschaftsminister

Christian Meyer, Niedersächsischer Umweltminister

Kirstin Lühmann